

# Kein Ende der Krise

## Flutkatastrophe in Pakistan

Thomas Bärthlein

**Die schweren Überflutungen in Pakistan stellen das Land vor eine gewaltige Belastungsprobe. Auch über einen Monat nach ihrem Beginn ist die Lage noch längst nicht unter Kontrolle.**

Pakistan leidet weiterhin unter den größten Überschwemmungen seit 80 Jahren. Sie begannen Ende Juli mit schweren Monsun-Regenfällen im Norden des Landes, die besonders in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa schwere Zerstörungen anrichteten.

Die Flutwelle hat sich dann, immer wieder verstärkt durch neuen Regen, einen Monat lang durch Pakistan geschoben und erreichte erst Anfang September das Indus-Delta bei Karachi. Nach den Gebieten in Khyber-Pakhtunkhwa waren von den großflächigen Überschwemmungen besonders weite Teile des südlichen Punjab (etwa um Muzaffargarh) sowie von Sindh betroffen.

Sogar Teile Belutschistans wurden überflutet. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR wies Anfang September darauf hin, dass die Lage der etwa zwei Millionen Flutopfer dort (darunter auch 600 000 Flüchtlinge aus Sindh) besonders prekär sei und sie dringend mehr Hilfe benötigten.

Die Zerstörungen konzentrieren sich auf den Lauf des größten Flusses Pakistans, des Indus, und seine Zuflüsse im Norden. Während andere Flüsse wie Ravi und Chenab ebenfalls mehr Wasser führen als üblich, halten sich die Schäden dort in Grenzen.

### Kein Ende der Krise in Sicht

Die Flut hat Hilfsorganisationen vor gewaltige logistische Herausforde-

rungen gestellt. Zunächst dauerte es Tage, bis im Norden überhaupt annähernd ein Überblick darüber bestand, in welchen Gebieten Hilfe nötig war. Anschließend haben die Überschwemmungen weiter im Süden so viele Menschen aus ihren Wohnorten vertrieben, dass die Helfer mit ihrer Versorgung nicht mehr nachkamen.

Das Rote Kreuz berichtete Anfang September davon, dass Konvois von verzweifelten Menschen geplündert wurden, weil für die Millionen Hilfsbedürftigen einfach zu wenige Lebensmittel geliefert wurden. Nach UN-Schätzungen betrug Anfang September die Zahl derjenigen, die dringend auf Nahrungsmittelhilfe warteten, immer noch drei Millionen.

Das Ausmaß der Zerstörung ist immens: Tausende Kilometer Straßen und Eisenbahnlinien sind beschädigt, tausende Schulen und Gesundheitsstationen in den Dörfern zerstört. Besonders in den Bergen sind zahlreiche Brücken von den Wassermassen mitgerissen worden, wodurch viele Gebiete von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Der Wiederaufbau wird Jahre in Anspruch nehmen.

Daneben lassen sich die Auswirkungen für die Landwirtschaft gerade erst erahnen. Mehr als 200 000 Stück Vieh und viele Millionen anderer Tiere sollen in den Wassermassen verendet sein. Die Ernte auf über einer Million Hektar Land ist zerstört und mehrere Millionen Hektar an fruchtbarem Ackerland sind von Was-

serschäden betroffen. In vielen Landesteilen droht die im September anstehende Weizen-Aussaat dieses Jahr auszufallen, was für die von der Landwirtschaft abhängige Bevölkerung eine Katastrophe bedeuten würde.

Fachleute sagen für die Zeit nach dem Fastenmonat Ramadan sogar für die Millionenstadt Karachi Lebensmittel-Knappheit voraus. Der Premierminister hat einen Inflations-Schub vorausgesagt. Das Welternährungsprogramm WFP weist darauf hin, dass Ernährungssicherheit bereits in "normalen" Zeiten ohne Überschwemmungen nur für wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Pakistan besteht.

### Zu wenig Hilfe

Die Vereinten Nationen und Hilfsorganisationen bemühen sich verzweifelt, weitere Mittel für die notleidende Bevölkerung zusammenzubringen. Die UN meldeten Anfang September, dass erst zwei Drittel der benötigten Gelder internationaler Geber zusammengekommen seien und kaum noch Fortschritte zu verzeichnen seien.

Die UN haben immer wieder betont, dass die Fluten zu den größten Naturkatastrophen der letzten Zeit gehören und acht Millionen Menschen auf Nothilfe angewiesen seien.

Auch deutsche Hilfsorganisationen fanden es zunächst schwierig, Hilfe für Pakistan zu mobilisieren. Als Gründe wurden die verhältnismäßig ge-

ringe Zahl von Todesopfern (weniger als 2 000 bestätigte Opfer) sowie der schlechte Ruf Pakistans in Sachen Terrorismus und Korruption genannt.

### **Ökologische Faktoren mit im Spiel**

Umweltthemen werden in Pakistan kaum diskutiert, und so ist es keine Überraschung, dass die Flut für die meisten Menschen als eine Naturkatastrophe gilt, während in rechten Medien gewagte Spekulationen über die Mitschuld Indiens die Runde machen.

Das schiere Ausmaß der Regenfälle lässt es gewagt erscheinen, menschliche Mitverantwortung zu thematisieren, aber Saleem Ullah, der für das UN-Entwicklungsprogramm UNDP im pakistanischen Umweltministerium arbeitet, glaubt durchaus, dass menschliche Fehler die Katastrophe verschlimmert haben, wenn auch "höchstens zu 20-30 Prozent", wie er sagt.

Da ist zunächst die Abholzung der Wälder in den Bergen, wo die Regenfälle begannen, und wo seit den Neunzigerjahren die Bewaldung dramatisch abgenommen hat. Die Holzmafia blühte in Swat gerade in Zeiten der Taliban-Kontrolle, sagt Rina Saeed Khan, eine auf Umwelt-Themen spezialisierte Journalistin in Lahore.

Genauere Zahlen hat niemand, aber wahrscheinlich sind gerade einmal fünf Prozent der Fläche Pakistans noch von Wald bedeckt. Auch weiter flussabwärts wurden die Auwälder am Indus in den letzten Jahrzehnten weitgehend gerodet und in landwirtschaftliche Flächen umgewandelt. Die Regierung, die sie an Landbesitzer verpachtete, trage hier eine große Verantwortung, so Khan.

### **Mangelnde Vorbereitungen**

Im Indus-Delta schließlich kann man es den Menschen nicht verdenken, dass sich jahrelang niemand

mehr um Deiche und andere Befestigungsmaßnahmen gekümmert hatte: Schließlich ist der Indus in aller Regel auf dem Weg ins Meer versickert, nachdem ihm weiter oben so viel Wasser für die Landwirtschaft und den Bedarf der Bevölkerung entnommen wurde. Höchstens im Monsun kam noch ein wenig Wasser im arabischen Meer an. Über fünfzig Kilometer strömte stattdessen regelmäßig so viel Meerwasser ins Delta ein, dass die Böden versalzen und die Vegetation geschädigt wurde.

Experten befürchten jetzt, dass in Zeiten des Klimawandels derart starke Monsun-Regenfälle wie in diesem Jahr keine Ausnahme bleiben werden. Sie verweisen darauf, dass Pakistan neben der Aufforstung dringend in Deiche sowie in Dämme investieren müsste, durch die mehr Wasser in Reservoirs aufgefangen werden könnte.

### **Weitere Destabilisierung befürchtet**

Die fehlende Präsenz der Regierung war ein Grund für den wachsenden Volkszorn gegen Islamabad. Aber auch zahlreiche Berichte, wonach Landbesitzer mit den richtigen politischen Beziehungen verhindern konnten, dass ihr Anwesen überschwemmt wurde, während nebenan die Dämme aufgemacht wurden, haben die Bevölkerung aufgebracht.

In dieser Situation machen sich viele Pakistaner Sorgen, dass die üblichen Verdächtigen versuchen könnten, aus der Krise Profit zu schlagen. Während es im August keine größeren Terroranschläge gab, meldeten sich sunnitische Extremisten mit zwei besonders blutigen Attacken auf Versammlungen der schiitischen Minderheit Anfang September zurück. In Lahore starben über 30 Menschen, während es in Quetta sogar über 60 Tote zu beklagen gab. Die Taliban und eine ganze Reihe geistesverwandter sunnitischer Gruppen haben die Schiiten seit Jahren im Visier.

Auch Gerüchte über einen bevorstehenden Militärputsch kamen wieder einmal auf. Unter den Politikern war es der Chef der vor allem in Karachi starken Partei der Urdu-sprechenden Bevölkerung MQM, Altaf Hussain, der am deutlichsten diese Möglichkeit ins Spiel brachte. Armeechef Kiyani, dessen Mandat entgegen den Gepflogenheiten gerade erst (bis 2013) verlängert wurde, ist zweifellos in einer starken Position. Und die Armee hat zumindest eine gewisse Effizienz bei der Fluthilfe bewiesen. Aber vermutlich hatte Präsident Zardari mit seinem schwarzen Humor recht, als er Ende August darauf verwies, dass die Lage in Pakistan so ernst sei, dass höchstens Verrückte die Verantwortung dafür übernehmen würden. Auch wenn niemand einen Coup ausschließen will, glauben die meisten Experten, dass die Armee die Krise „nur“ dazu nutzen wird, die Regierung politisch kleinzuhalten, um hinter den Kulissen ihren eigenen Einfluss weiter zu verstärken.